

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Kinderschutz-Infos kinderleicht zugänglich machen!**

Kinder und Jugendliche müssen vor seelischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt geschützt werden. Dieses Recht auf Schutz besteht für alle Lebensbereiche und muss im Alltag gelebt und umgesetzt werden. Gerade in Zeiten der Pandemie wird besonders deutlich, dass der Umsetzung eine hohe Bedeutung zukommt.

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus und die damit verbundenen Kontaktbeschränkungen erleben Kinder und Jugendliche oftmals als sehr belastend. Neben den konkreten Einschränkungen, die ihren Alltag betreffen, bekommen viele Kinder auch die Sorgen und Ängste ihrer Eltern und weiterer Bezugspersonen zum Teil ungefiltert mit. Verunsicherung, finanzielle Nöte, daraus entstehender Stress und Existenzängste, können auch zu einer Zunahme von Konflikten führen. Dies führt zu einer hohen Verunsicherung und die alte Stabilität im Leben der Kinder fehlt. Zudem laufen Kinder häufiger als sonst Gefahr, häusliche Gewalt im Alltag zu erleben. Keine Familie, unabhängig vom sozialen Status, ist davor gefeit, an ihre (häuslichen) Grenzen zu kommen.

Umso wichtiger ist es, dass Kinder und Jugendliche wissen, an wen sie sich bei Bedarf wenden können, um Hilfe und Unterstützung zu erhalten. Niedrigschwellige Hilfsangebote bestehen seit Jahrzehnten. Es stellt sich jedoch die Frage, inwiefern die Informationen über Hilfsangebote zeitgemäß aufgestellt sind, um junge Menschen in ihrer (digitalen) Lebenswelt zu erreichen oder wie Zugänge, zum Beispiel durch Mehrsprachigkeit, erleichtert werden können.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Möglichkeiten stehen derzeit im Land Bremen zur Verfügung, um Informationen über die verschiedenen Kinderschutzeinrichtungen zu verbreiten und wie bewertet der Senat dies (bitte differenziert nach Bremen und Bremerhaven)?
2. Welche Informationen über den Kinder- und Jugendnotdienst stehen der Öffentlichkeit in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung? Wie wird hierbei auch gezielt die Gruppe der Kinder und Jugendlichen angesprochen und über dieses Unterstützungsangebot informiert? Wie wird sichergestellt, dass die Kinder und Jugendlichen über diese Maßnahmen auch tatsächlich erreicht werden?
3. Wie bewertet der Senat die Idee einer mehrsprachigen Informationskampagne, die die Öffentlichkeit über die Arbeit und die 24-Stunden-Erreichbarkeit des Kinder- und Jugendnotdienstes informiert, zu initiieren und über die sozialen Netzwerke und Messengerdienste zu verbreiten?
4. Wie bewertet der Senat die Idee, eine mehrsprachige Kinderschutz-Informationskampagne, sowohl in analoger als auch in digitaler Form, zu starten, um kinderleicht zu erläutern, wo schnelle Hilfe zu erhalten ist?
5. Welche Planungen verfolgt der Senat, die Schülerinnen/Schüler im Land Bremen zukünftig über ihre Schul-iPads zu Themen des Kinderschutzes zu

informieren? Welche Chancen bietet aus Sicht des Senats die Lernplattform itslearning, um Erklär-Videos und Informationen über Hilfsangebote in der Nähe einzustellen und darüber hinaus im Unterricht zu thematisieren?

6. Unter welchen Voraussetzungen und zu wann wäre eine zügige Umsetzung der oben genannten Überlegungen möglich? Ist hierfür auch eine Finanzierung aus dem Bremen Fonds denkbar?

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen,
Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen